

rungen aus dem, was geschehen ist, zu ziehen, von seinen Plätzen erhebt."

Die Abgeordneten erhoben sich nach diesen Worten des Präsidenten von ihren Plätzen. Auch die Regierung und die Tribüne schlossen sich demonstrativ der Aufforderung an. Das offizielle Deutschland hatte damit vor sich selbst und vor aller Welt

seinen Willen bekundet, geschehenes Unrecht so weit wie möglich wiedergutzumachen und Israel mit der Bitte um Verzeihung die Hand zum Frieden zu bieten.

(Deutschland und das Judentum. Die Erklärung der Bundesregierung über das deutsch-jüdische Verhältnis, herausg. vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung. Deutscher Bundesverlag. Bonn 1951.)

1f) Rabbiner Dr. Leo Baeck zur Regierungs- und Parteienerklärung

Der Text des Briefes des ehem. Oberrabbiners von Berlin, Dr. Leo Baeck, London, an Bundeskanzler Dr. Adenauer lautet:

Hochverehrter Herr Bundeskanzler!

Von der Erklärung, die Sie im Namen der Bundesregierung am 27. September abgegeben haben, und von der auf sie folgenden feierlichen Zustimmung der Parteien, sind wir, die Gesamtvertretung der aus Deutschland vertriebenen Juden, tief ergriffen worden.

Eine Grundlage für die notwendige Aussprache ist nun geschaffen worden. Von ihr aus wird der Weg zu dem Verstehen und zu einer Verständigung über die Wiedergutmachung gefunden werden können.

Wir sind uns der Pflicht bewußt, die uns, gleich anderen spruchbefugten jüdischen Stellen, hiermit auferlegt ist.

Wir sind aufrichtig bereit, in der uns so zugewiesenen Verantwortung und Vollmacht nach besten Kräften an der Lösung der großen Aufgabe, die jetzt vor uns alle hingetreten ist, mitzuwirken. Wir stehen zu Besprechungen und Verhandlungen mit den verantwortlichen Stellen der Bundesregierung zur Verfügung.

Mit ausgezeichnete Hochachtung!

Council for the protection of the rights and interests of Jews from Germany.

gez. Dr. Leo Baeck, Präsident.

1g) Resolution des Zentralrates der Juden in Deutschland über die deutsche Regierungserklärung

„Das Direktorium des Zentralrates der Juden in Deutschland trat am 7. und 8. Oktober in Hamburg zusammen, um sich mit den am 27. September in der Sitzung des Bundestages in Bonn abgegebenen Erklärungen der Bundesregierung und der Parteien zu befassen.

Das Direktorium nahm mit Befriedigung den Wortlaut dieser Erklärungen zur Kenntnis und gab auch seiner Genugtuung über die Haltung Ausdruck, die der Bundestag bei diesem Anlaß an den Tag legte.

Das Direktorium des Zentralrates, der alleinigen Gesamtrepräsentanz der Juden in Deutschland, erwartet, daß den Worten von Bundesregierung und Parlament nunmehr auch in allernächster Zeit Taten folgen werden. Das Direktorium begrüßt den Versuch zur Normalisierung der Beziehungen des deutschen Volkes zu der jüdischen Gemeinschaft in Deutschland, zum Staate Israel und in der Welt.

Das Direktorium hat bereits in seiner Neujahrsbotschaft im Geiste menschlicher Verbundenheit allen Opfern des Nationalsozialismus, den deutschen Widerstandskämpfern und den Persönlichkeiten, die ihren guten Willen durch Tat und Wort unter Beweis gestellt haben, die Hand geboten. Es bedarf keiner Versöhnung mit diesen Trägern des Fortschritts in Deutschland, die bereits im September 1949 im Bundestag mit Recht als die außenpolitischen Aktiva des deutschen Volkes bezeichnet wurden.

Es ist erfreulich, daß nunmehr auch die Bundesregierung die Abkehr des deutschen Volkes von den Verbrechen der Vergangenheit und den Wiedergutmachungswillen feierlich vor der Weltöffentlichkeit proklamiert hat. Eine derartige Reinigung der Atmosphäre ist auch höchst notwendig, da in zunehmendem Umfang bei der Kampagne für Verbrecher, die Deutschlands Namen entehrt haben, und bei anderen Gelegenheiten Stimmen laut wurden, die erhebliche Zweifel an einer ernsthaften Umkehr Deutschlands

hervorriefen. Wir hoffen, daß der Geist dieser Erklärungen zum Gemeingut des gesamten deutschen Volkes wird.

Um der Versöhnung und des Friedens willen, zur Bewahrung der Menschheit vor neuem Unheil, darf es keine Schwäche geben gegenüber denjenigen, die von neuem ihre Unbelehrbarkeit beweisen. Wir sind es der unabsehbaren Reihe unserer Opfer und uns selbst schuldig, die Forderung nach moralischer Wiedergutmachung an erste Stelle zu setzen. Unser Verlangen nach gerechter Wiedergutmachung bezieht sich auf alle Personen, die durch den Nationalsozialismus ihres Glaubens, ihrer Weltanschauung, ihrer Abstammung oder ihrer politischen Überzeugung wegen unmenschlich verfolgt wurden. Es handelt sich für uns nicht um materielle Vorteile oder gar Privilegien, sondern um die ungeteilte Wiederherstellung des Rechts.

Das Direktorium des Zentralrates der Juden in Deutschland hält folgende Maßnahmen für besonders dringlich:

1. Entschlossener Kampf der Bundesregierung und des Bundestages gegen Antisemitismus in all seinen Erscheinungsformen, insbesondere im gesamten Erziehungswesen und bei der Unterrichtung des Publikums durch Presse und Rundfunk im Geiste der Toleranz.

2. Die energischen strafrechtlichen Sanktionen gegen Personen, die von neuem Menschen ihres Glaubens oder ihrer Abstammung wegen beleidigen oder zum Haß gegen religiöse, nationale oder rassische Gruppen aufhetzen. In dieser Hinsicht bedürfen die von der Konferenz jüdischer Juristen in Detmold im April 1947 aufgestellten Forderungen noch der legislativischen Verwirklichung.

3. Ausschluß der Personen, die an maßgebender Stelle die verbrecherische Politik des Nationalsozia-

lismus unterstützt haben und an dem Mordanschlag gegen unsere Gemeinschaft beteiligt waren, aus Schlüsselpositionen, die ihnen von neuem Entscheidungsbefugnis über Menschen in die Hand geben.

4. Schnelle und entschiedene Durchführung aller bereits bestehenden Wiedergutmachungsgesetze.

5. Baldiger Erlass einer Wiedergutmachungsgesetzgebung, die die noch vorhandenen Lücken schließt unter vorheriger Mitwirkung der berufenen Vertreter der Opfer des Naziregimes.

6. Angemessene Berücksichtigung der Verfolgten bei der Lastenausgleichsgesetzgebung.

7. Ausreichende Hilfe bei der Betreuung unserer alten und kranken Menschen.

8. Sicherung der Existenz der Kultusgemeinden.

9. Schutz der jüdischen Friedhöfe und der Gedenkstätten der Opfer des Nationalsozialismus.

Das Direktorium des Zentralrates der Juden in Deutschland erklärt, daß es die kollektiven Ansprüche des Staates Israel mit Nachdruck unterstützt. Hier handelt es sich um ein Anliegen der Juden der ganzen Welt.

Der Zentralrat der Juden in Deutschland begrüßt die Bereitwilligkeit der Bundesregierung, mit den legitimen Vertretern des Judentums zu verhandeln. Der Zentralrat der Juden in Deutschland heißt auch diesen Wunsch willkommen, den Frieden unter den Völkern der Welt wiederherzustellen, wie er den Weltfrieden als höchstes Gut der Menschheit ansieht.

Hamburg, den 8. Oktober 1951.

Das Direktorium des Zentralrates der Juden in Deutschland."

(Nach: Allgemeine Wochenzeitung der Juden in Deutschland VI. [Düsseldorf, 12. 10. 51] 27, S. 1)

1h) Jüdischer Weltkongreß zur deutschen Regierungserklärung: „Praktische Maßnahmen entscheidend“

Auch der Jüdische Weltkongreß nimmt zu dem Bekenntnis der Bundesregierung und der feierlichen Sitzung des Deutschen Bundestages Stellung und betont in einer Erklärung:

„Der Kongreß nimmt mit besonderem Interesse zur Kenntnis, daß sich die Erklärung des Bundeskanzlers auf alle Fragen bezieht, die vom Jüdischen Weltkongreß erhoben wurden, insbesondere auf die Bedeutung der Umerziehung des deutschen Volkes, die dringende Notwendigkeit staatlicher Maßnahmen gegen das Wiederaufleben von Antisemitismus und gegen jeden Versuch der Neugründung einer nazistischen Bewegung, sowie auf die Berechtigung und Notwendigkeit einer substantiellen materiellen Entschädigung an alle jüdischen Opfer des Naziregimes

und besonders an Israel, das die Hauptlast der Rehabilitation der Opfer der Naziverfolgung auf sich genommen hat.

Wenn auch die Untaten des Naziregimes nie aus der Erinnerung des jüdischen Volkes gelöscht werden können, so nimmt der Jüdische Weltkongreß doch zur Kenntnis, daß die deutschen Behörden beabsichtigen, bedeutende Schritte auf dem Wege zur wahren Wiedergutmachung zu ergreifen.

Das jüdische Volk wird die Aufrichtigkeit solcher Schritte nach den praktischen Maßnahmen beurteilen, die unternommen werden, um die Verluste wieder gutzumachen, die das Judentum in zwölf qualvollen Jahren durch das Dritte Reich erleiden mußte.“

(In: Deutschland und das Judentum, a. o. O. S. 10.)

1i) Israel antwortet auf die Erklärung der Bundesregierung zum deutsch-jüdischen Verhältnis

Nachstehend veröffentlichen wir ein offizielles Kommuniqué der Regierung des Staates Israel zur Erklärung der Bundesregierung über die Haltung der Bundesrepublik zum jüdischen Volk und zum Staat Israel.

„Der Mord an sechs Millionen Juden (s. u. S. 43), von Deutschen unter dem Naziregime begangen, von Plünderung und Raub in gigantischem Ausmaß begleitet, findet in der Geschichte der menschlichen Zivilisation keine Parallele.

Diese Tatsachen können nicht durch Erklärungen, seien sie auch noch so sehr von Aufrichtigkeit und Reue getragen, aus den Annalen der Geschichte getilgt werden.

Ein Drittel des jüdischen Volkes wurde vernichtet und grenzenloses Leid über Millionen unschuldiger Menschen gebracht. Viele der bedeutendsten und ältesten jüdischen Gemeinden Europas wurden ausgemerzt, und noch viele Jahre wird das jüdische Volk an den Narben der Wunden zu tragen haben, die es an Körper und Seele zu erleiden hatte. Mit Entsetzen werden noch viele spätere Generationen der zivilisierten Menschheit auf diese mutwillige Vernichtung eines Volkes durch ein anderes blicken, die nicht in einem Krieg erfolgte, sondern in einem

kaltblütigen und systematischen Feldzug der Vernichtung und der Ausplünderung.

Unter diesem Aspekt muß die Erklärung des Kanzlers der Bundesrepublik Deutschland über das zwischen Deutschland und dem jüdischen Volke bestehende Problem betrachtet werden.

Die Erklärung des deutschen Bundeskanzlers scheint nun endlich einen Versuch seitens der Bundesrepublik Deutschland darzustellen, sich mit dieser schwierigen Frage auseinanderzusetzen und die Initiative zu moralischer und materieller Wiedergutmachung am jüdischen Volke zu ergreifen. Dabei soll besonders vermerkt werden, daß die Erklärung von einem direkten Appell an das deutsche Volk begleitet war, sich von der fluchbeladenen Erbschaft des Antisemitismus und der Rassendiskriminierung loszusagen.

Die kürzlich bekanntgewordenen Manifestationen der Aktivität neonazistischer Gruppen in Deutschland haben die jüdische Öffentlichkeit in aller Welt zutiefst mit Unruhe erfüllt. Es erscheint deshalb von besonderer Wichtigkeit, daß die deutsche Bundesregierung nunmehr auch beabsichtigt, gesetzgeberische Maßnahmen gegen solche Gruppen zu ergreifen und daß sie sich gleichzeitig für erzieherische